

GEWERKSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN 2012

von **Kurt Emmenegger, Präsident Aargauischer Gewerkschaftsbund**
an der AGB-Delegiertenversammlung vom 26. Januar 2012

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Nichts Neues im Westen!

Mit viel Ideologie, aber auch einer konsequenten Strategie (erinnert sei an das berühmte Weissbuch von Avenir Suisse) für einen von allen sogenannten bürokratischen Fesseln und sozialem Ballast befreiten Markt, der alles regeln und für alle das Beste bringen soll, in Tat und Wahrheit aber die ungehemmte Profitmaximierung zum Ziele hatte, haben uns die Wirtschaftsführer und bürgerlichen Politiker im Laufe der letzten 20 Jahre eine völlig ungeniessbare Suppe eingebrockt – Finanzkrise 2009/2009, Schuldenkrise 2011/2012 und kein Ende abzusehen – und jetzt sollen wir, das heisst die 99% mehr oder weniger Besitzlosen, diese Suppe auch noch auslöffeln.

Ihre Rezepte gegen diese Krisen sind immer noch die gleichen: Privatisierung, Deregulierung und steuerliche Entlastung der Wirtschaft, obwohl sie sich in allen Krisen seit den 90er Jahren als untauglich erwiesen haben. Sie sind schlicht und einfach unfähig oder nicht willens die Probleme zu lösen, weil sie damit die Profitmaximierung grundsätzlich in Frage stellen müssten.

Es ist allein an uns, andere Rezepte zu entwickeln und diese auch durchzusetzen.

Mit der Verteidigung der Novartis-Niederlassung in Nyon, der Inkraftsetzung des GAV Temporäre auf den 1. Januar und der Einreichung unserer Mindestlohn-Initiative am letzten Montag – um nur einige Beispiele zu nennen - haben wir über den Jahreswechsel gezeigt, dass wir mit unseren Antworten auch Erfolg haben.

Wo stehen wir heute, welche Herausforderungen kommen auf uns zu und welche Antworten wollen wir geben?

Drohende Rezession – steigende Arbeitslosigkeit

Die Konjunktur hat sich in den letzten Monaten stark verschlechtert. Kaum drei Jahre nach der grossen Finanzkrise zeichnet sich bereits eine zweite Rezession ab. Zum zweiten Mal in nur drei Jahren steigt die Arbeitslosigkeit.

Die Ursachen sind der stark überbewertete Franken und die schlechtere Auslandskonjunktur, vor allem in der Eurozone, aber auch die staatliche Kaufkraftabschöpfung in der Schweiz.

Bezüglich der ersten beiden Ursachen ist der Aargau mit seinem überdurchschnittlichen Anteil an exportorientierter Industrie besonders exponiert. Die Nachfrage nach Schweizer und Aargauer Exportprodukte geht zurück. Wenn nun der Franken in einer solchen Situation massiv überbewertet ist, nimmt die Konkurrenzfähigkeit stark ab und zahlreiche Firmen beginnen Arbeitsplätze abzubauen oder ins Ausland zu verlagern. Bei einigen Firmen wird es gar um die Existenz gehen. Verschiedene Studien gehen davon aus, dass wegen der Frankenstärke schweizweit 100'000 Arbeitsplätze bis 2013 gefährdet sind – eine eigentliche Deindustrialisierung.

Bekanntlich ist der Privatkonsum eine wichtige Stütze der Konjunktur. Dieser ist aber nur noch dank des Bevölkerungswachstums, vor allem wegen der Zuwanderung, gewachsen. Pro Kopf geht er hingegen zurück. Das vor allem wegen der staatlichen Abschöpfung von Kaufkraft vor allem bei den tiefen und mittleren Einkommen um schweizweit total rund 3 Milliarden Franken (4. AVIG-Revision, höhere Krankenkassenprämien, MWSt-Erhöhung u.a.). Dementsprechend sinkt die Beschäftigung auch im Detailhandel und Gastgewerbe.

Die Verschlechterung der Beschäftigungssituation kostet wiederum Kaufkraft. Damit wird eine gefährliche Abwärtsspirale in Gang gesetzt.

Der SGB geht daher fürs 2012 von einem Nullwachstum aus und rechnet mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 3,5%, was einer Zunahme der Arbeitslosigkeit von rund 16% entspricht.

Löhne unter Druck – Abzockerei geht weiter

Bedroht sind aber nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch die Löhne. Vor allem in den grenznahen Regionen kommen diese durch den künstlich überbewerteten Franken zusätzlich unter Druck.

Noch immer ist die Absicherung durch Mindestlöhne in der Schweiz unter den Bedingungen offener Arbeitsmärkte ungenügend.

Die Zahl zu tiefer Löhne, mit denen man nicht leben kann, ist mit rund 400'000 Betroffenen, darunter mehrheitlich Frauen und vielen Working-poors, immer noch viel zu hoch.

Die Verlierer der Einkommensverteilung in den letzten Jahren waren die tiefen und mittleren Einkommen. Familien mit tiefem Einkommen hatten 2010 real 800 Franken weniger verfügbares Einkommen als im Jahr 2002. Die hohen Einkommen haben hingegen 9'000 Franken mehr zur freien Verfügung.

Die finanzielle Lage vieler Haushalte ist mittlerweile besorgniserregend. Ein Viertel der Haushalte mit Kindern (26 Prozent) hat zu wenig Einkommen und Ersparnis, um unerwartete Ausgaben (Zahnarzt u.a.) zu finanzieren. Die Zahl der Privatkonkurse ist in den letzten zehn Jahren von rund 4'500 auf rund 5'700 pro Jahr gestiegen.

Diese Einkommensschere hat zwei Ursachen. Die Schere bei den Löhnen und die staatliche Abgabepolitik auf Kosten der tiefen und mittleren Einkommen bzw. zugunsten der Oberschicht. Eine der Hauptursache der Lohnschere sind die masslosen Boni.

Die Schweizer Steuer- und Abgabepolitik hat die Ungleichheit verstärkt. Obwohl die Bundesverfassung eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verlangt, haben die tiefen Einkommen wegen dieser Politik sogar weniger Geld zur Verfügung. Die hohen Einkommen hingegen wurden entlastet, so dass ihnen gegenüber 2002 deutlich mehr Geld bleibt.

Haupttreiber dieser verstärkt ungerechten Verteilung der staatlichen Lasten sind einerseits die Finanzierung der Krankenversicherung über Kopfprämien, welche die tiefen und mittleren Einkommen stark belastet, sowie andererseits die Senkung der Einkommenssteuern, von der die hohen Einkommen profitiert haben.

Massiver Angriff auf den Sozialstaat

Sozialpolitisch drohen nach dem Wahljahr massive Einschnitte bei den Renten. Bei der AHV ist der Begriff „Schuldenbremse“ das ideologische Kampffahrzeug, mit dem die nach den Wahlen plötzlich wieder geschlossenen bürgerlichen Parteien den verfassungsmässig garantierten Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten („Mischindex“) in Frage stellen wollen. Zusammen mit der von den gleichen Parteien vorangetriebenen Heraufsetzung des Frauenrentenalters und der Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen würde das bei Ehepaaren mit mittleren Einkommen zu Rentensenkungen von rund 3'200 Franken pro Jahr führen.

Das wären massive und in der Geschichte des schweizerischen Sozialstaats bisher nicht dagewesene Verschlechterungen der sozialen Sicherheit.

Begründet wird dieser Angriff mit der Überalterung der Gesellschaft, oder vornehmer ausgedrückt mit der demographischen Entwicklung.

Es ist die grösste Lüge, die sie uns seit 20 Jahren fast täglich als Wahrheit verkaufen und in unsere Gehirne einhämmern wollen – nicht Gott, sondern nur uns sei Dank, dass wir darauf nicht hereingefallen sind und einen Abbau bei der AHV und zuletzt mit dem Erfolg gegen den Rentenklau beim BVG verhindern konnten.

Ihr Argument ist, dass durch die Überalterung die Belastung der aktiven Generation immer höher und nicht mehr tragbar ist.

Was sie in diesem Zusammenhang bewusst verschweigen oder einfach ausblenden, ist, dass gleichzeitig am anderen Ende der Demographie die Zahl der zu unterstützenden Personen, nämlich die Kinder und Jugendlichen, ebenso stark zurückgegangen sind.

Die Gesamtbelastung der aktiven Generation hat sich deshalb seit 1948, als die AHV eingeführt wurde, nicht verändert.

Arbeitsplätze, Löhne und Renten schützen!

Die gewerkschaftlichen Prioritäten sind daher rasch benannt und leider auch nichts Neues: Erneut steht der Schutz der Arbeitsplätze, der Löhne und der Renten im Zentrum.

Der AGB und die angeschlossenen Einzelgewerkschaften werden sich deshalb auf Folgendes konzentrieren und engagieren:

- Der AGB lanciert eine Initiative für ein Arbeitslosenhilfegesetz.
- Er wird sich, bis zur Abstimmung über die entsprechende SGB-Initiative, für eine Verankerung von Mindestlöhnen einsetzen.
- Er setzt sich für die verbesserte Umsetzung der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping ein.
- Er kämpft bei den Lohnverhandlungen im Herbst für bessere Löhne.
- Er wehrt sich gegen weitere Verschlechterungen bei den Sozialwerken.

und fasst das programmatisch in seinem Manifest „Aargau für alle“ zusammen.

Aargauische Volksinitiative für eine kantonale Arbeitslosenhilfe

Im Zentrum steht natürlich unsere Volksinitiative „Arbeit und Weiterbildung für alle“, die wir heute lancieren wollen.

Statt Steuergeschenke für die Krisenverursacher, Hilfe für die Opfer der Krise

In der Folge der Finanzkrise 2009 und wegen der unsäglichen Revision der Arbeitslosenversicherung hat die Langzeitarbeitslosigkeit und die Aussteuerung massiv zugenommen – bereits heute werden allein im Aargau durchschnittlich rund 200 Personen pro Monat ausgesteuert. Mit dem Abdriften der Wirtschaft in eine Rezession wird diese Situation weiter verschärft.

Von den bedrückenden Entwicklungen der Arbeitslosigkeit sind vor allem Jugendliche betroffen. Im Aargau alleine haben 2'000 Jugendliche den Einstieg in den Arbeitsmarkt noch nicht geschafft. Gerade bei den Jugendlichen gilt es heute zu handeln, um eine düstere Zukunft für alle zu vermeiden. Weiter bilden Personen über 50 einen Grossteil der Ausgesteuerten. Nicht nur sind die aus der Aussteuerung resultierenden finanziellen Lasten bei diesen Personen, die mehrheitlich jahrzehntelang treu und klaglos ihren Job gemacht haben, absolut unwürdig, sondern auch, neben den für sie eh schon existierenden Schwierigkeiten bei der Stellensuche, völlig kontraproduktiv.

Die Schaffung einer Arbeitslosenhilfe würde die notwendigen Massnahmen bieten, um Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren und älteren Ausgesteuerten (50+) eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Sie würde aber auch präventiv wirken, indem geringqualifizierte Beschäftigte, welche von Arbeitslosigkeit stark bedroht sind, ihren Verbleib im Arbeitsmarkt durch spezielle Massnahmen, Weiterbildung oder Umschuldung sichern können.

Schliesslich sieht die ALH auch Arbeitsplätze für Personen vor, die den heutigen Leistungsanforderungen auf den Arbeitsmarkt nicht mehr gewachsen sind.

Wenn der heutigen Situation und den trüben Zukunftsaussichten keine konkreten Massnahmen entgegengestellt werden, dann wird es dazu führen, dass die zunehmenden Kosten dieser Entwicklung von der Sozialhilfe und somit von den Gemeinden getragen werden müssen.

Das kann nicht sein.

Das kann insbesondere dann nicht sein, wenn gleichzeitig auf kantonaler wie nationaler Ebene Steuergeschenke an den Reichen und Unternehmen geplant sind.

So hat der Aargauer Grossrat am 22. November 2011 in erster Lesung eine Steuergesetzrevision verabschiedet, die 215 Mio. Steuererleichterungen vorsieht. Diese Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden sind zudem massiv geschönt. Eigentlich sind es rund 300 Mio. Es wird nämlich eine Kompensation der Ausfälle durch dynamische Effekte (mehr Zuzüge von Steuerpflichtigen, weniger Wegzüge) von 90 Mio. angenommen. Aufgrund der wirtschaftlichen Aussichten ist es völlig verantwortungslos mit solchen dynamischen Effekten zu rechnen. Auf Bundesebene ist zudem die Unternehmersteuerreform III in der Pipeline.

Angesichts dieser Steuergeschenke sind die Kosten für die vorgeschlagenen Massnahmen der Arbeitslosenhilfe von geschätzten 15 Mio. sehr bescheiden.

Die Ablehnung einer ähnlich lautenden Motion der Fraktion von SP und Grüne durch den gleichen bürgerlich-dominierten Grossrat am 29. November 2011 kann nur als Zynismus qualifiziert werden.

Darum verlangt der AGB mittels Volksinitiative ein Arbeitslosenhilfegesetz für Beschäftigungsprogramme mit Aus- und Weiterbildungsanteil, Arbeitsplätze für teilleistungsfähige Personen, Präventivmassnahmen für Personen, die stark von Arbeitslosigkeit bedroht sind, Taggelder für Personen die von der ALV ausgesteuert wurden.